



## Wie lässt sich die Bürgerbeteiligung bei Infrastrukturprojekten im Energiebereich stärken?

### **Landesregierung sucht den Dialog über eine Verbesserung der Bürgerbeteiligung bei der Planung und Genehmigung von Energie-Infrastrukturprojekten**

Der Landesverband Brandenburg der **NaturFreunde** ist als anerkannter Naturschutz- und Umweltschutzverband an vielen Planungsvorhaben zu beteiligen. Die ehrenamtlichen Mitarbeiter der NaturFreunde leisten hier eine wichtige und unverzichtbare Arbeit, denn sie verfügen über sehr präzise Kenntnisse der örtlichen Gegebenheiten, die bei der Umweltverträglichkeitsprüfung eines Infrastrukturprojekts berücksichtigt werden müssen. Die Wahrnehmung der Beteiligungsrechte ist nicht immer ganz einfach und deshalb sind die **NaturFreunde** am 29.4.2013 der Einladung des Brandenburgischen Wirtschaftsministeriums zu einer Diskussionsveranstaltung über Möglichkeiten der Verbesserung der Bürgerbeteiligung bei der Planung und Genehmigung von Infrastrukturprojekten im Energiebereich gerne gefolgt.

Eingeladen waren die Umweltverbände und sieben Bürgerinitiativen, um ihre Kritik an den unzureichenden Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger darzustellen und ihre Verbesserungsvorschläge einem Auditorium aus hochrangigen Mitarbeitern der Ministerien für Wirtschaft und Europaangelegenheiten, für Infrastruktur und Landwirtschaft, für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz, des Innern und des Landesbergamts zu unterbreiten.

In den Impulsreferaten des **NaturFreunds** und Sprechers der BI „Biosphäre unter Strom - keine 380-kV-Freileitung durchs Reservat“ Hartmut Lindner und Dr. Rainer Schneewolfs (BI „Hochspannung - tief legen“) wurden, gestützt auf praktische Erfahrungen, die zentralen Defizite der Bürgerbeteiligung dargelegt.

Häufig fehlt es an rechtzeitiger und umfassender Information über die beabsichtigten Planungen. Die Veröffentlichungen im Amtsblatt und im Schaukasten der Gemeindeverwaltung erreichen die Bürger nicht. Hier sollten neue Wege der Kommunikation beschritten werden. Die Auslegungs- und Einwendungsfristen sind zu kurz bemessen.

Die Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger sollten gestärkt werden, denn das Bedürfnis der Bürger nach Beteiligung wird auf Grund der neuen Kommunikations- und Organisationsmöglichkeiten eher wachsen als schwinden. Gefragt ist der Dialog auf Augenhöhe, die sachlich orientierte Argumentation und der Verzicht auf wohlfeile Diffamierungen des Bürgerprotests als von "romantischen Vorstellungen" (Ministerpräsident Platzeck) getrieben.

Auch die Fachleute, gerade weil sie Vertreter ihres Faches sind, brauchen den Laienverstand, denn durch das Zusammenwirken dieser beiden Sichtweisen erscheinen die Dinge in neuem Licht. Es sei festgehalten, dass auch die Fachleute nicht immer einer Meinung sind, und das ein „Sachzwangargument“ kein Argument ist, sondern nur ein rhetorischer Trick.

Hartmut Lindner betonte die Dimensionen von größeren Infrastrukturprojekten und den Umfang und die Komplexität der Planungsunterlagen. Für die 380-kV-Freileitung von Bertikow nach Neuenhagen war das ein Umzugskarton voller DIN A 4 -Leitzordner. Um diese Aktenfülle zu studieren, benötigte man einen eigenen Arbeitsplatz im Bauamt und sachkundige Anleitung, um sich zurechtzufinden, worauf kein Amt eingestellt ist.

Deshalb sollte zwingend vorgeschrieben werden, dass alle Planungsunterlagen den Interessierten in digitalisierter Form zugänglich gemacht werden und die Planung ins Internet gestellt wird. Dies ist eine von den 10 Anregungen zur Verbesserung der Bürgerbeteiligung, die Hartmut Lindner vorgetragen hat.

Angesichts der großen thematischen Spannweite, die bei der Beurteilung eines Infrastrukturprojekts zu bewältigen ist, müssen die Bürger auch genügend Zeit haben, um sich mit der Planung auseinanderzusetzen und ihre Betroffenheiten zu erkennen. Die vier Wochen Auslegungsfrist plus zwei weitere Wochen für die Einwendungen sind hier einfach zu kurz. Bei der langen Planungsdauer von bis zu

12 Jahren, falls eine Verlängerung dieser Fristen auf drei oder besser sechs Monate kaum ins Gewicht.

Gefordert wurde Transparenz der Planung und rechtzeitige Einbeziehung der Bürger auf allen Stufen des Planungsprozesses. Dabei kommt auch der Berichterstattung in den Medien eine wichtige Rolle zu. Unabhängige Gutachten sind für die Beurteilung der Planvorhaben erforderlich, diese Gutachten sollten veröffentlicht werden und ihre Finanzierung muss gesichert sein. Das ist angesichts der Finanznöte der Kommunen nicht immer der Fall.

Neben dem Vorhabenträger spielen die Verwaltungen auf den verschiedenen Ebenen (Kommune, Landkreis, Land) im Planungsprozess und bei der Information der Bürger eine wichtige Rolle. Hier gilt es eine Beteiligungskultur zu entwickeln, denn die Bürger haben, da ist die Rechtslage klar, ein Recht auf Beteiligung und Information, an dessen Wahrnehmung sie nicht durch bürokratische Schikanen gehindert, sondern durch die Ämter unterstützt werden sollten.

Die Mitarbeiter der Ministerien haben sich die Kritik und den Wunschkatalog, der hier präsentiert wurde, ruhig angehört, aber mit dem Hinweis, dass im Zuge der nächsten Sparprogramme 15% der Stellen abgebaut werden. Stellt sich die Frage, wie die Verwaltungen die bei einer besseren Bürgerbeteiligung auf sie zukommende Arbeit leisten sollen.

Für Mitte August ist die Fortsetzung des Dialogs angekündigt. Die **NaturFreunde** werden sich daran aktiv beteiligen.

*Rückfragen: Hartmut Lindner, NaturFreunde Oberbarnim-Oderland, [biosphaere@trassenfrei.de](mailto:biosphaere@trassenfrei.de)  
[www.trassenfrei.de](http://www.trassenfrei.de)*